

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 13.05.2009
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am Dienstag, 28. April 2009
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:07 Uhr - 20:05 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 17:45 Uhr - 17:57 Uhr 18:24 Uhr - 18:30 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	
<p>A <u>Öffentlicher Teil</u></p> <p>1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</p> <p>2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil</p> <p>3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 17.02.2009 - öffentlicher Teil <i>139/2009</i></p> <p>4. Mitteilungen des Bürgermeisters</p> <p>5. Beschluss der Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II - Priorisierung <i>173/2009</i></p> <p>5a. Trägerschaft Bücherei Bensberg <i>188/2009</i></p> <p>6. Änderung der Vergabeordnung und der Zuständigkeitsordnung unter Berücksichtigung des Konjunkturpaketes II <i>110/2009</i></p>	

7. **Richtlinie der Stadt Bergisch Gladbach über die Vergabe von Zuschüssen im Rahmen der Stadterneuerung für das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet „Bergisch Gladbach Stadtmitte“ (Vergaberichtlinien)**
142/2009
8. **V. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwägung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach**
100/2009
9. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2008**
146/2009
10. **Zwischenbericht zum 3. Frauenförderplan 2007-2009**
104/2009
11. **Feststellung des Jahresabschlusses 2007 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“**
113/2009
12. **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“**
122/2009
13. **Einwohnerfragestunde**
179/2009
14. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 5538 - Meisheide**
181/2009
15. **Bebauungsplan Nr. 2449 - Ehemaliges Wachendorff-Gelände - Verlängerung der Veränderungssperre**
127/2009
16. **Bebauungsplan Nr. 4362 - Am Rothfeld - 1. Änderung**
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
129/2009
17. **Klarstellungssatzung Nr. 4331 - Oberkülheim**
- Beschluss als Satzung
128/2009
- 17a. **Villa Zanders, Annahme einer Schenkung**
107/2009
18. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 18.1 **Antrag der SPD-Fraktion vom 25.03.2009 zur Umbesetzung im Sozialausschuss**
149/2009
- 18.2 **Antrag der FDP-Fraktion vom 07.04.2009 zur Umbesetzung in verschiedenen**

Ratsausschüssen

117/2009

19. Anträge der Fraktionen

19.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.2009 zur Herausgabe eines eigenen Amtsblattes

166/2009

19.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 25.03.2009, der Rat möge eine Resolution zum Kommunalwahltermin beschließen

150/2009

19.3 Antrag der BfBB-Fraktion vom 28.03.2009 zur Integrierten Gesamtschule Paffrath

153/2009

19.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 30.03.2009 zum Projekt „Mach dich auf den Weg“

165/2009

19.5 Antrag der FDP-Fraktion vom 31.03.2009 zur Anwendung von Nothaushalt-Kriterien bei der Neueinstellung von Personal

172/2009

19.6 Erneute Erklärung aller im Rat der Stadt Bergisch Gladbach vertretenen Fraktionen und des Bürgermeisters gegen den Kongress „Nein zur Islamisierung - Nein zur Kölner Großmoschee“

20. Anfragen der Ratsmitglieder

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 17.02.2009 - nichtöffentlicher Teil**
140/2009
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung**
hier: Zahlung von Nachschüssen an die Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L.
182/2009
5. **Anträge der Fraktionen**
6. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@->

Herr Bürgermeister Orth eröffnet die 28. Sitzung des Rates in der siebten Wahlperiode.

Herr Orth stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung haben sich Herr Schwamborn (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Herr Krafft (FDP-Fraktion), Herr Brenneiser und Herr Lang (beide BfBB-Fraktion) entschuldigt.

Herr Orth benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 17.04.2009 mit den dazugehörigen Vorlagen und den bis dahin vorliegenden Beratungsergebnissen aus den Fachausschüssen,
- eine Aktualisierung/Ergänzung der Anlage zur Tagesordnung - übersandt mit Schreiben vom 24.04.2009 - mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr, des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, des Planungsausschusses sowie des Finanz- und Liegenschaftsausschusses und den Vorlagen Nr. 187/2009 und 188/2009,
- einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu TOP A 5 (Vorlage Nr. 173/2009) der heutigen Sitzung (Tischvorlage) und
- einen ergänzenden Antrag der BfBB-Fraktion zu TOP A 19.3 (Vorlage Nr. 153/2009) der heutigen Sitzung (Tischvorlage (Nr. 191/2009)).

Herr Orth schlägt vor, TOP A 17 (Vorlage Nr. 128/2009) von der Tagesordnung abzusetzen. Der Planungsausschuss habe in der Sitzung am 21.04.2009 die Verwaltung beauftragt, für die nächste Sitzung des Planungsausschusses den Beschluss einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung für den Bereich Oberkülheim unter Einbeziehung der Grundstücke der Antragsteller Hiltcher und Majewski vorzubereiten und dem Rat empfohlen, den Punkt von der Tagesordnung der Ratssitzung am 28.04.2009 abzusetzen.

Herr Dr. Baeumle-Courth schlägt vor, den Tagesordnungspunkt nicht abzusetzen. Eine Vorberatung im Planungsausschuss habe stattgefunden, der Rat könne die Vorlage heute beschließen.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion KIDitiative und der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Der Tagesordnungspunkt A 17 (Vorlage Nr. 128/2009) wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Herr Orth schlägt vor, gemäß den Erläuterungen in der Vorlage Nr. 187/2009 die Tagesordnung um die Vorlage Nr. 188/2009 zu erweitern. Die Vorlage solle als TOP A 5a in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Ratssitzung vom 28.04.2009 wird gemäß § 48 Absatz 1 Gemeindeordnung (GO) NRW und § 12 Absatz 3 Geschäftsordnung um den Tagesordnungspunkt A 5a „Trägerschaft Bücherei Bensberg“ (Vorlage Nr. 188/2009) erweitert.

Herr Kamp erläutert, der Rat solle über den Antrag der BfBB-Fraktion (TOP A 19.3, Vorlage Nr. 153/2009) in der heutigen Sitzung entscheiden. Es sei bereits das zweite Jahr in Folge, in dem Schüler, die sich um eine Aufnahme beworben haben, von der Integrierten Gesamtschule Paffrath abgewiesen werden mussten.

Herr Orth schlägt vor, dem ergänzenden Antrag der BfBB-Fraktion (Vorlage Nr. 191/2009) zu TOP A 19.3 der heutigen Sitzung nicht nachzukommen, da in der Sache keine äußerste Dringlichkeit gegeben sei und es sich auch nicht um eine Angelegenheit handle, die keinen Aufschub duldet. Auch er halte die Angelegenheit für wichtig; der Antrag (Vorlage Nr. 153/2009) solle jedoch an den zuständigen Fachausschuss überwiesen werden.

Herr Dr. Mieke schließt sich dieser Auffassung an. Das nächste Anmeldeverfahren sei erst im März 2010. Die inhaltlich komplexe Materie solle unbedingt zunächst im zuständigen Fachausschuss behandelt werden.

Für den Antrag der BfBB-Fraktion (Vorlage Nr. 191/2009), der Rat solle eine sofortige Entscheidung über den Antrag der BfBB-Fraktion zur Integrierten Gesamtschule Paffrath (TOP A 19.3, Vorlage Nr. 153/2009) treffen, stimmt die BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder wird der Antrag bei drei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Herr Waldschmidt beantragt, der Rat solle in der heutigen Sitzung eine Erklärung gegen den Kongress „Nein zur Islamisierung - Nein zur Kölner Großmoschee“ der Bürgerbewegung pro Köln vom 08.05.2009 bis zum 10.05.2009 beschließen. Im vergangenen Jahr hätten die Fraktionen im Rat der Stadt Bergisch Gladbach bereits eindrucksvoll ihre Ablehnung gegenüber dem ersten sog. „Anti-Islamisierungskongress“ zum Ausdruck gebracht und die Bürgerinnen und Bürger in der Sitzung des Hauptausschusses am 16.09.2008 aufgefordert, an Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Kongress teilzunehmen. Dieser Aufruf solle nunmehr wiederholt werden. Die Angelegenheit sei dringlich, da der Kongress bereits im Zeitraum 08.05.2009 bis 10.05.2009 stattfinde.

Der Rat fasst mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnung der Ratssitzung vom 28.04.2009 wird gemäß § 48 Absatz 1 Gemeindeordnung (GO) NRW und § 12 Absatz 3 Geschäftsordnung um den Tagesordnungspunkt „Erneute Erklärung aller im Rat der Stadt Bergisch Gladbach vertretenen Fraktionen und des Bürgermeisters gegen den Kongress ‚Nein zur Islamisierung - Nein zur Kölner Großmoschee‘“ erweitert.

Herr Orth schlägt vor, den Antrag als TOP A 19.6 in die Tagesordnung aufzunehmen, womit sich der Rat einvernehmlich einverstanden zeigt.

Herr Dr. Kassner erläutert, die Vorlage Nr. 107/2009 „Villa Zanders, Annahme einer Schenkung“ sei am 21.04.2009 in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport beraten worden. Auf dem Vorlagenkopf sei der Rechnungsprüfungsausschuss als zuständig für die Entscheidung bezeichnet, was natürlich falsch sei. Herr Dr. Kassner fragt, warum die Vorlage nicht in der heutigen Ratssitzung behandelt werde.

Herr Mumdey bittet darum, dieses Versehen zu entschuldigen. Die Vorlage werde Bestandteil der Tagesordnung der kommenden Ratssitzung sein. Er habe aber auch kein Problem damit, sie in der heutigen Sitzung zu behandeln.

Herr Dr. Kassner beantragt, die Vorlage in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen, womit sich der Rat einvernehmlich einverstanden zeigt.

Herr Orth schlägt vor, die Vorlage unter TOP A 17a zu behandeln. Auch mit diesem Vorschlag zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

<-@
2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

@->
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 17.02.2009 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

<-@
3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 17.02.2009 - öffentlicher Teil**

@->
Herr Orth verliest die folgende Aktualisierung des Durchführungsberichtes:

**„Zu TOP A 5
Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Köln zur Teilnahme am Pilotbetrieb der bundeseinheitlichen Behördenrufnummer 115**

684/2008

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung wurde am 06.04.2009 unterzeichnet. Der Pilotbetrieb der einheitlichen Behördennummer 115 wird am 01.06.2009 aufgenom-

men.“

Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht und die vorgetragene Aktualisierung zur Kenntnis.

4. <-@
Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Mitteilung zu einer Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss

Herr Orth teilt mit, das stellvertretende beratende Mitglied des Jugendhilfeausschusses für die katholische Kirche, Herr Peter Schmitz, sei aus dem Ausschuss ausgeschieden. Als sein Nachfolger wurde Herr Martin Schäfer (Geschäftsführer der katholischen Jugendwerke) benannt.

Der Rat nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5. <-@
Beschluss der Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II - Priorisierung

@->

Herr Orth schlägt vor, zunächst nur über die Liste B der Vorlage abzustimmen, womit sich der Rat einvernehmlich einverstanden zeigt.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Im Rahmen des Konjunkturpakets II werden die in der Liste B der Vorlage aufgeführten Maßnahmen entsprechend ihrer Priorisierung durchgeführt.

Herr Mömkes und Herr Dr. Fischer erläutern den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion (Tischvorlage). Durch den Beschluss von Liste B der Vorlage sei bereits ein großer Teil der Maßnahmen beschlossen worden. Die Beschlussfassung über die weiteren Maßnahmen (Liste A) solle bis zu einer Entscheidung über die beabsichtigte Änderung des Artikels 104b des Grundgesetzes zurückgestellt werden. Der Rat solle sich nicht unnötig früh festlegen.

Herr Waldschmidt spricht sich gegen diesen Antrag aus. Die Entscheidung über die Maßnahmen in Liste A des Beschlussvorschlages dürfe nicht vertagt werden, nur weil die CDU-Fraktion sich in ihren eigenen Reihen nicht einig sei, da die Maßnahmen dann möglicherweise aus Zeitgründen nicht mehr realisiert werden könnten. Bei diesen Maßnahmen handele es sich in der Mehrzahl um solche zur Verbesserung der Barrierefreiheit und ein Vertagungsbeschluss sei somit eine Entscheidung insbesondere zu Lasten behinderter Menschen. Herr Waldschmidt beantragt eine Änderung zu Ziffer 9. der Liste A der Vorlage: Vorbehaltlich einer Änderung des Grundgesetzes solle der Ansatz in Höhe von 3 Mio. EUR auf 1,5 Mio. EUR reduziert und die dann verbleibenden 1,5 Mio. EUR für die Finanzierung von zwei Schulmensen (0,5 Mio. EUR) und Sportinfrastruktur (1 Mio. EUR) eingesetzt werden.

Auch Herr Dr. Baumle-Courth spricht sich gegen den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion aus. Die Mittel aus dem Konjunkturpaket II sollten zum einen möglichst umgehend eingesetzt werden, um die beabsichtigte Konjunkturbelebung zu erwirken. Zum anderen sei es nicht sicher, dass die Änderung von Artikel 104b des Grundgesetzes auch beschlossen werde. Auch er sieht Änderungsbedarf in Bezug auf die Gewichtung der in Liste A aufgeführten Maßnahmen. In der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport sei ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Liste A der Vorlage bei Stimmgleichheit abgelehnt worden und daraufhin hätte eigentlich über den Beschlussvorschlag der Verwaltung (Liste A) abgestimmt werden müssen. Implizit könne man sonst annehmen, dass der Ausschuss der Liste A der Vorlage zugestimmt habe. Er bittet diesbezüglich um Klarstellung.

Herr Ziffus kritisiert die aus seiner Sicht in Bezug auf die Zuständigkeiten der Ausschüsse schlecht vorbereitete Vorlage. So sei der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport nicht zuständig für eine Beratung der Liste A. Zudem habe es in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr keinen Fachvortrag zu den geplanten Maßnahmen gegeben. Dieser zuständige Fachausschuss habe zu einigen Punkten keine Beschlussempfehlung abgegeben, die dann dennoch vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss positiv beschieden worden seien, was er für möglicherweise rechtswidrig halte. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde den Ziffern 1., 2., 7. und 9. der Liste A zustimmen. Die anderen Maßnahmen sollten im Fachausschuss von der Verwaltung noch einmal ausführlich dargestellt werden.

Herr Dr. Mieke widerspricht diesen Einschätzungen in Bezug auf den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport. Das Verfahren sei formal und inhaltlich korrekt durchgeführt worden.

Herr Schütz spricht sich ebenfalls gegen den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion aus. Die Maßnahmen müssten schnell durchgeführt werden, um eine konjunkturbelebende Wirkung zu entfalten.

Herr Nagelschmidt widerspricht den Ausführungen der Vorredner aus SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Alle Maßnahmen müssten trotz der Eilbedürftigkeit sorgfältig geprüft werden. Die CDU-Fraktion wolle keine Investitionen verhindern, sondern Entscheidungsmöglichkeiten - insbesondere auch für den Bereich Sport - offen halten. Die Verwaltung sei mit der Vorbereitung der Maßnahmen der beschlossenen Liste B vorerst sicherlich gut beschäftigt.

Herr Kamp sieht ebenfalls Überarbeitungsbedarf zu Liste A und spricht sich deshalb für den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion aus.

Herr Orth weist zu den in Liste A aufgeführten Maßnahmen zur Barrierefreiheit darauf hin, dass in Zielvereinbarungsgesprächen zwischen der Verwaltung und dem Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung am 19.01.2009 unter anderem das folgende Ziel vereinbart worden sei: „Durch alle größeren Grün- bzw. Naherholungsanlagen sollte zumindest ein Rundweg führen, der auch in Schlechtwetterperioden für Rollstuhlfahrer und andere mobilitätsbeeinträchtigte Menschen nutzbar ist.“

Herr Waldschmidt beantragt für die SPD-Fraktion die geheime Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Herr Orth stellt fest, dass die nach § 18 Absatz 4 der Geschäftsordnung in Verbindung mit § 50 Absatz 1 Satz 4 GO NRW

erforderliche Anzahl der Stimmen von mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder mit den Stimmen der SPD-Fraktion erreicht ist.

Herr Orth unterbricht die Sitzung um 17:45 Uhr zur Vorbereitung der geheimen Abstimmung. Die Sitzung wird um 17:57 Uhr fortgesetzt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler schlägt die CDU-Fraktion Herrn Willnecker, die SPD-Fraktion Herrn Kleine, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frau Scheerer und die FDP-Fraktion Herrn Dr. Fischer vor.

Mit diesen Vorschlägen zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

Herr Orth erläutert die Stimmabgabe mittels Stimmzetteln: Wer für den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion stimmen wolle, der kreuze „Ja“, wer dagegen stimmen wolle, der kreuze „Nein“, wer sich enthalten wolle, der kreuze „Enthaltung“ an.

Es werden 63 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag stimmen 30 Ratsmitglieder. Mit 33 Gegenstimmen wird der Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Sonnenberg beantragt, der Rat möge der Beschlussempfehlung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses, den Betrag unter Ziffer 9. der Liste A von 3 Mio. EUR auf 2 Mio. EUR zu reduzieren, nicht nachkommen und stattdessen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung (3 Mio. EUR) folgen.

Herr Dr. Baeumle-Courth beantragt, über die Ziffern 3. und 6. der Liste A separat abzustimmen.

Herr Orth schlägt vor, zunächst über die Ziffern 1. bis 8. der Liste A einzeln abzustimmen, womit sich der Rat einvernehmlich einverstanden zeigt.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wird die unter Ziffer 1. der Liste A der Vorlage aufgeführte Maßnahme entsprechend ihrer Priorisierung durchgeführt.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wird die unter Ziffer 2. der Liste A der Vorlage aufgeführte Maßnahme entsprechend ihrer Priorisierung durchgeführt.

Herr Galley bittet um Zustimmung zur Ziffer 3. der Liste A des Beschlussvorschlages. Die Barrierefreiheit sei Bestandteil einer Zielvereinbarung mit dem Beirat für die

Belange von Menschen mit Behinderung und in unmittelbarer Nähe zum Kahnweiher befänden sich zudem Altenwohnanlagen, deren Bewohner auf einen barrierefreien Weg angewiesen seien.

Herr Ziffus erläutert, dass der Kahnweiher durch den eingeleiteten Bach verschlamme und dass es ein Konzept der Verwaltung gebe, dieses Problem zu lösen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN befürchte, dass bei einer künftigen Umsetzung dieses Konzeptes weite Teile des auf der Südseite des Sees angelegten Weges wieder in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN befürworte das Anlegen eines barrierefreien Weges; dies solle jedoch auf der Südseite des Sees aus wirtschaftlichen Gründen gleichzeitig mit bzw. nach einer Umleitung des Baches geschehen, was er hiermit ergänzend beantrage. Herr Dr. Steffen ergänzt, es sollten keine Mittel verschwendet werden, indem der Weg zwei Mal erneuert werden müsse. Er kündigt einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr zur Umleitung des Baches an.

Herr Mömkes erläutert, die CDU-Fraktion fordere eine konkrete Planung zu diesem Punkt, auch in Bezug auf die Höhe der dargestellten Kosten, die unter Umständen reduziert werden könnten. Auch die CDU-Fraktion befürworte grundsätzlich das Anlegen eines barrierefreien Weges.

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag unter der Voraussetzung, dass der Weg nach der Erneuerung nicht durch andere Maßnahmen beschädigt werde.

Herr Schmickler antwortet zusammenfassend, die Planungen zur Umleitung des Baches seien schon einige Jahre alt. Die Maßnahme würde Kosten im höheren sechsstelligen Bereich verursachen. Er könne derzeit nicht absehen, wann die Stadt Mittel in dieser Größenordnung bereitstellen könne. Unabhängig davon sei es jedoch nicht Gegenstand der Planungen gewesen, durch eine Umlegung des Baches stark in das Gelände einzugreifen, sondern eher die Wasserfläche des Kahnweiher insgesamt zu reduzieren und den See in einen stehenden und einen fließenden Teil zu trennen. Die berechtigterweise vorgetragenen Bedenken würden dann höchstwahrscheinlich nicht eintreffen.

Herr Hoffstadt ergänzt, beide Maßnahmen müssten getrennt betrachtet werden. Ein barrierefreier Weg könne jetzt angelegt werden; eine Umleitung des Baches werde eventuell zu einem nicht bekannten Zeitpunkt folgen. Im Interesse der alten Menschen sollte der Rat der Maßnahme heute dringend zustimmen. Herr Rosen ergänzt, dass auch Eltern und ihre Kinder von dem barrierefreien Zugang zum Spielplatz profitieren würden.

Herr Ziffus entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Schmickler, eine Teilung des Sees sei nicht Gegenstand der Planungen gewesen, sondern eine weiträumige Umleitung des Baches um den See herum, welche natürlich hohe Kosten verursachen würde. Sollte die von Herrn Schmickler erläuterte Maßnahme durchgeführt werden, so müsse der Weg an der Südseite auch nicht verlegt werden.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Erneuerung des Rundweges am Kahnweiher (Südseite) mit der Wasserbaumaß-

nahme am Kahnweiher zu verbinden, abstimmen.

Für den Antrag stimmen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die BfBB-Fraktion sowie drei Ratsmitglieder aus den Reihen der Fraktion KIDinitiative. Mit Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder wird der Antrag bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der FDP-Fraktion und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDinitiative mehrheitlich abgelehnt.

Frau Lehnert beantragt für die CDU-Fraktion eine fünfminütige Unterbrechung der Sitzung, womit sich der Rat einvernehmlich einverstanden zeigt.

Herr Orth unterbricht die Sitzung um 18:24 Uhr. Die Sitzung wird um 18:30 Uhr fortgesetzt.

Herr Orth schlägt vor, wegen des fortgeschrittenen Zeitverlaufs zunächst die Einwohnerfragestunde durchzuführen, womit sich der Rat einvernehmlich einverstanden zeigt.

[siehe Protokollierung zu TOP A 13]

Herr Mömkes erläutert, es fehle der CDU-Fraktion an einer verlässlichen Erklärung seitens der Verwaltung, wie die barrierefrei herzurichtenden Wege dauerhaft in einem barrierefreien Zustand bleiben sollen. Diese könnten durch natürliche Einflüsse (z.B. Wurzelwuchs) beschädigt werden, weshalb die CDU-Fraktion dafür plädiere, eine Entscheidung über die Ziffern 3. bis 8. der Liste A zurückzustellen und die Maßnahmen erneut im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr zu beraten.

Herr Dr. Baeumle-Courth ergänzt, unter dem Vorbehalt der Einhaltung der von Herrn Schmickler in Bezug auf den Kahnweiher dargestellten Vorgehensweise, die die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auch im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beantragen werde, würde die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auch den Ziffern 3. und 6. der Liste A zustimmen.

Auch Herr Rosen äußert die Erwartung, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr eine Lösung für den Kahnweiher beraten zu können.

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, es handele sich um kleinere Maßnahmen, für die eine Verzögerung kein Risiko darstelle.

Herr Kraus verlässt den Sitzungssaal.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion sowie eine Stimme aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wird die unter Ziffer 3. der Liste A der Vorlage aufgeführte Maßnahme entsprechend ihrer Priorisierung durchgeführt.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der BfBB-Fraktion bei zwei Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wird die unter Ziffer 4. der Liste A der Vorlage aufgeführte Maßnahme entsprechend ihrer Priorisierung durchgeführt.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, eine Stimme aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und zwei Stimmen aus den Reihen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wird die unter Ziffer 5. der Liste A der Vorlage aufgeführte Maßnahme entsprechend ihrer Priorisierung durchgeführt.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der BfBB-Fraktion sowie einer Enthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wird die unter Ziffer 6. der Liste A der Vorlage aufgeführte Maßnahme entsprechend ihrer Priorisierung durchgeführt.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie zwei Stimmen aus den Reihen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der BfBB-Fraktion sowie zwei Enthaltungen aus den Reihen der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wird die unter Ziffer 7. der Liste A der Vorlage aufgeführte Maßnahme entsprechend ihrer Priorisierung durchgeführt.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie fünf Stimmen aus den Reihen der FDP-Fraktion und eine Stimme aus den Reihen der BfBB-Fraktion bei jeweils einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der FDP-Fraktion und der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Im Rahmen des Konjunkturpakets II wird die unter Ziffer 8. der Liste A der Vorlage aufgeführte Maßnahme entsprechend ihrer Priorisierung durchgeführt.

Herr Kraus kehrt an seinen Platz zurück.

Herr Rosen bittet um Darstellung, welche Auswirkungen die von der SPD-Fraktion beantragte Reduzierung des Betrages zu Ziffer 9. der Liste A auf die geplante Sanierung der Dächer und Fassaden der Stadthäuser haben würde.

Herr Schmickler antwortet, die Stadthäuser würden in mehreren Bauabschnitten saniert werden müssen. Der Sanierungsumfang sei natürlich abhängig von den zur Verfügung stehenden Mitteln.

Herr Schneeloch erläutert, auch in diesem Zusammenhang könne es sinnvoll sein, die Mittel nicht nur für eine Sanierung der Stadthäuser einzuplanen, da im Förderzeitraum unter Umständen nicht alle Bauabschnitte rechtzeitig abgeschlossen werden könnten.

Herr Nagelschmidt fragt, ob sich ein Beschluss des Antrages unter Fördergesichtspunkten nachträglich als schädlich erweisen könnte in Bezug auf die mögliche Grundgesetzänderung. Zudem könne er nicht nachvollziehen, worin der Unterschied bestehe zwischen dem Antrag der SPD-Fraktion „vorbehaltlich einer Änderung des Grundgesetzes“ und dem Antrag der CDU-Fraktion, eine Entscheidung bis zu einer möglichen Änderung des Grundgesetzes zurückzustellen.

Herr Mumdey antwortet, er sehe diesbezüglich keine Probleme. Die Verwaltung habe ein offizielles Schreiben vom Finanzministerium erhalten, nach dem die Grundgesetzänderung auf dem Weg sei und die Stadt ermutigt werde, bereits Konsequenzen daraus zu ziehen. Der Unterschied zwischen den Anträgen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion bestehe darin, dass die SPD-Fraktion bereits eine Festlegung der Mittelverwendung für die Bereiche „Schulmensen“ und „Sportinfrastruktur“ beantrage. Herr Orth ergänzt, dazu würde die Verwaltung dann die Maßnahmen präzisierende Vorlagen für die kommenden Ausschusssitzungen erstellen.

Herr Mömkes schlägt vor, den Antrag der SPD-Fraktion dahingehend zu ändern, dass der Betrag unter Ziffer 9. der Liste A des Beschlussvorschlages in Höhe von 3 Mio. EUR auf 1,5 Mio. EUR reduziert werden solle. Für die dann verbleibenden 1,5 Mio. EUR solle erst nach einer möglichen Grundgesetzänderung ein Verwendungszweck und nicht bereits jetzt eine Festlegung beschlossen werden.

Herr Waldschmidt signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu diesem Änderungsvorschlag.

Herr Schütz formuliert eine Änderung des von Herrn Sonnenberg gestellten Antrages der Fraktion KIDitiative: Der Betrag unter Ziffer 9. der Liste A der Vorlage in Höhe von 3 Mio. EUR solle auf 2,5 Mio. EUR reduziert und die dann verbleibenden 0,5 Mio. EUR für Schulmensen eingesetzt werden.

Herr Orth lässt daraufhin zunächst über diesen weitergehenden Antrag der Fraktion KIDitiative abstimmen. Für den Antrag stimmen die Fraktion KIDitiative und der Bürgermeister. Mit Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder wird der Antrag bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der SPD-Fraktion und drei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.

Herr Orth lässt daraufhin über den modifizierten Antrag der SPD-Fraktion, vorbehaltlich einer Änderung des Grundgesetzes den Betrag unter Ziffer 9. in Liste A des Beschlussvorschlages in Höhe von 3 Mio. EUR auf 1,5 Mio. EUR zu reduzieren und über die Verwendung der dann verbleibenden 1,5 Mio. EUR vorerst noch keinen Beschluss zu fassen, abstimmen.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion KIDitiative bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU-Fraktion und einer Enthaltung aus

den Reihen der Fraktion KIDinitiative angenommen.

5a. <-@
Trägerschaft Bücherei Bensberg

@->

Frau Lehnert bittet den Bürgermeister, in den Verhandlungen mit beiden Otto-Hahn-Schulen möglichst ein einvernehmliches Ergebnis zu erreichen.

Herr Dr. Baeumle-Courth ergänzt, an den Otto-Hahn-Schulen bestehe mit der dortigen Mediothek, die zusammen mit der Schulbibliothek von nur einer Fachkraft und ehrenamtlichen Helfern geführt werde, eine einmalige Situation. Er fragt, ob es sichergestellt sei, dass die Mediothek weiter bestehen könne.

Herr Mumdey antwortet, die Verwaltung führe die Verhandlungen immer mit dem Ziel, Einvernehmen zu erreichen. Es sei falsch, den Schulen Vorgaben zu machen in Bezug auf die Verwendung der ihnen zur Verfügung gestellten Mittel. Die Schulen wüssten letztlich am besten, wofür sie die Mittel einsetzen wollen. Er gehe davon aus, dass es auch den Otto-Hahn-Schulen gelingen werde, den Betrieb der Mediothek und der Bibliothek auf diese Weise aufrecht zu erhalten, ohne dass die Stadt Bibliothekskräfte zur Verfügung stelle. Auch an anderen Schulen gebe es Bibliotheken, die von ehrenamtlichen Kräften geführt würden.

Frau Beisenherz-Galas weist darauf hin, dass für die Führung von Schulbibliotheken Bibliothekare nötig seien. Es dürfe nicht generell auf ehrenamtliche Kräfte verwiesen werden. Herr Dr. Baeumle-Courth ergänzt, Fachkräfte seien notwendig zur Koordination und Anleitung der ehrenamtlichen Kräfte. Herr Ziffus ergänzt, auch am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium sei die Bibliothek bisher erfolgreich von einer Fachkraft und Ergänzungs Kräften geführt worden. Wegen PCB-Belastung müsse nunmehr der gesamte Buchbestand entsorgt werden. Die Bibliothek müsse daher genau zu dem Zeitpunkt, an dem die Fachkraft die Schule verlasse, neu aufgebaut werden, was zu Problemen führen werde. Es müsse zumindest sichergestellt werden, dass die Schulen bei Bedarf auf Fachkräfte zurückgreifen können.

Herr Dr. Miede äußert seine Verärgerung darüber, dass im Rat immer wieder intensive Diskussionen geführt würden zu Themen, die im Fachausschuss beraten und einstimmig beschlossen worden seien.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@
@->

Die Stadteilbücherei Bensberg wird ab dem 01.04.2009 wieder in städtischer Trägerschaft geführt. Die voraussichtlichen Mehrkosten in Höhe von 68.000,- EUR für Miete, Personal- und Sachkosten werden bereitgestellt.

6. <-@
Änderung der Vergabeordnung und der Zuständigkeitsordnung unter Berücksichtigung des Konjunkturpaketes II

@->

Herr Sonnenberg fragt, ob die Änderung der Vergabeordnung mit den Vorgaben des

EU-Rechts vereinbar ist, was von Herrn Orth bejaht wird.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

- I. **Der I. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.**
- II. **Der VII. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.**

<-@

7. **Richtlinie der Stadt Bergisch Gladbach über die Vergabe von Zuschüssen im Rahmen der Stadterneuerung für das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet „Bergisch Gladbach Stadtmitte“ (Vergaberichtlinien)**

@->

Herr Waldschmidt berichtet, der Finanz- und Liegenschaftsausschuss habe dem Rat eine Änderung in Ziffer 10 der Richtlinien empfohlen: „Die Richtlinie tritt am Tag nach der Beschlussfassung in Kraft.“

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Den Vergaberichtlinien wird in der vorgelegten Fassung unter Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss empfohlenen Änderung zugestimmt.

<-@

8. **V. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwägung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach**

@->

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Die V. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwägung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach (AAS) wird beschlossen.

<-@

9. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2008**

@->

Herr Sonnenberg äußert seine Verwunderung darüber, dass der Rat die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen 2008 nur zur Kenntnis nehmen und nicht beschließen solle.

Herr Orth verweist Herrn Sonnenberg zur Beantwortung auf § 83 Absatz 2 GO NRW in Verbindung mit den in der Zuständigkeitsordnung formulierten Wertgrenzen.

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@
10. **Zwischenbericht zum 3. Frauenförderplan 2007-2009**

@->

Frau Schneider äußert die Hoffnung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann, dass sich die in dem Bericht dargestellte positive Entwicklung weiter fortsetzt.

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@
11. **Feststellung des Jahresabschlusses 2007 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“**

@->

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Absatz 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2007 in
Aktiva und Passiva mit 202.977.014,39 EUR

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresverlust von -12.060.558,86 EUR
fest.
2. gemäß § 26 Absatz 2 EigVO den Lagebericht 2007 fest.
3. Der Jahresverlust 2007 wird dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke entnommen.

<-@
12. **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“**

@->

Herr Dr. Fischer fragt, ob die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr auf Grund ihrer Ausschussmitgliedschaft zu diesem Tagesordnungspunkt befangen seien, was von Herrn Orth verneint wird.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@
@->

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“.

13. <-@
Einwohnerfragestunde

@->

Herr Orth erläutert, es lägen Einwohnerfragen von Frau Apicella und von Herrn Hoffmann vor.

Herr Orth fragt Frau Apicella, ob sie damit einverstanden sei, dass er die Fragen zur Turnhalle der Grundschule am Concordiaweg in Schildgen verlese und beantworte, was von Frau Apicella bejaht wird.

Frage von Frau Apicella:

„Welche Maßnahmen sind im Einzelnen notwendig und geplant?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Im Außenbereich wird die Fassade der Turnhalle am Concordiaweg in Schildgen komplett erneuert. Es werden eine neue Wärmedämmung und ein neuer Verputz aufgebracht; außerdem werden die Fenster ausgewechselt. Das Dach der Turnhalle wird saniert und in diesem Zuge neu gedämmt. Im Innenbereich werden die haustechnischen Anlagen ausgetauscht; geplant sind der Einbau einer neuen Heizungsanlage mit Fußbodenheizung sowie eine neue Beleuchtung. Die Dusch- und Umkleidebereiche werden umgestaltet; es gibt neue sanitäre Anlagen, neue Bodenbeläge sowie neue Türen. In der Turnhalle werden der Prallschutz und die Sprossenwände an den Kopfseiten erneuert. Die Geräteraumtore entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik und werden ausgetauscht. Der bestehende Sporthallenboden kann auf Grund der geplanten Fußbodenheizung nicht erhalten werden; es wird ein neuer Schwingboden eingebaut. Ob die Abhangdecke der Turnhalle bestehen bleiben kann, wird derzeit noch geprüft.“

Frage von Frau Apicella:

„Wie hoch sind die Kosten dieser Maßnahmen? Wie sieht die Zeitplanung aus?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Exakte Angaben zu Kosten und Terminen können derzeit noch nicht gemacht werden, da sich das Projekt noch in der Planung befindet. Als Baubeginn sind die Osterferien 2010 vorgesehen, da eine Bauphase in den folgenden Sommermonaten auf Grund der Möglichkeit, die sportlichen Aktivitäten in den Außenbereich zu verlagern, am sinnvollsten erscheint. Die Bauphase wird voraussichtlich im Herbst 2010 abgeschlossen sein.“

Frage von Frau Apicella:

„Ist eine Schließung der Halle notwendig? Wenn ‚Ja‘, für welche Dauer?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Eine Schließung der Halle ist leider unumgänglich. Ein genauer Zeitplan mit Angaben zu den erforderlichen Schließungszeiten wird noch bekannt gegeben.“

Frage von Frau Apicella:

„Ist es gewährleistet, dass der Schwingboden der Halle erhalten bleiben kann?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Derzeit ist ein Austausch des Bodens geplant.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Da Herr Hoffmann nicht im Sitzungssaal anwesend ist, verliest und beantwortet Herr Orth dessen Einwohnerfrage.

Frage von Herrn Hoffmann:

„In Köln gibt es den Bundesligaverein 1. FC Köln. Der ehemalige Präsident des Vereins, Franz Kremer, hat eingeführt, dass sich der Verein mit einem Geißbock im Vereinslogo schmückt. Als Glücksbringer wird das Tier aber auch zu Heimspielen des 1. FC Köln gebracht. Mittlerweile trägt der siebte Ziegenbock die Vereinsfarben. Der Presse habe ich entnommen, dass das aktuelle Tier von einem Bergisch Gladbacher Bauern übernommen wurde. Deshalb möchte ich anfragen, ob der Bürgermeister beim 1. FC Köln in der schönsten Stadt Deutschlands anfragen kann, ob der Bock am Halsband das Stadtwappen von Bergisch Gladbach zu Werbezwecken tragen kann.“

Antwort des Bürgermeisters:

„Bevor ich Ihre Frage beantworte, sei mir als eingefleischtem Hennes-Fan eine Korrektur gestattet: Bei dem derzeit amtierenden Geißbock handelt es sich nicht um Hennes VII., sondern um Hennes VIII. Nun zur Beantwortung Ihrer Einwohnerfrage: Ich habe mich natürlich sehr über die Berichterstattung in zahlreichen Medien zur ‚Amtseinführung‘ von Hennes VIII. gefreut. Ich bin aber auch der festen Überzeugung, dass es dadurch nicht nur allen FC-Fans, sondern nahezu jedem Sportinteressierten bekannt sein dürfte, dass Hennes VIII. natürlich aus der schönen Stadt Bergisch Gladbach stammt. Deshalb halte ich es auch nicht für notwendig, dass Hennes das Wappen der Stadt Bergisch Gladbach am Halsband tragen soll. Ich wünsche unserem jläbbischen Geißbock an dieser Stelle eine weiterhin erfolgreiche Zeit als Maskottchen des 1. FC Köln.“

14. <-@ **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 5538 - Meisheide**

@->

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, in der Meisheide seien auf Grund der begonnenen Bauarbeiten bereits die ersten Sturzfluten auf die Anliegergrundstücke niedergegangen. Er appelliert an die Ratsmitglieder, sich vor Ort einen Überblick über die missliche Lage zu verschaffen.

Herr Orth fragt Herrn Rosen, ob sich sein Antrag auf namentliche Abstimmung auf alle drei Ziffern des Beschlussvorschlages bezogen habe, was von Herrn Rosen bejaht wird.

Die daraufhin durchgeführte namentliche Abstimmung liefert folgendes Ergebnis:

Ratsmitglied (Name, Vorname)	Stimmabgabe zur jeweiligen Ziffer des Beschlussvorschlages		
	I.	II.	III.
Albrecht, Jürgen	Ja	Ja	Ja
Dr. Arndt, Hartwig	Ja	Ja	Ja
Dr. Baeumle-Courth, Peter	Nein	Nein	Nein
Beisenherz-Galas, Renate	Nein	Nein	Nein
Bendig, Kristel	Ja	Ja	Ja
Dr. Bernhauser, Johannes	Ja	Ja	Ja
Binzberger, Herigart	Nein	Nein	Nein
Brenneiser, Herbert			
Cüpper, Thomas	Ja	Ja	Ja
Ditzler, Manfred	Ja	Ja	Ja
Dresbach, Erich	Ja	Ja	Ja
Dr. Fischer, Reimer	Ja	Ja	Ja
Galley, Thomas	Ja	Ja	Ja
Gerhards, Markus	Ja	Ja	Ja
Graner, Angelika	Ja	Ja	Ja
Haasbach, Hans Josef	Ja	Ja	Ja
Hagen, Karl Hubert	Ja	Ja	Ja
Hammelrath, Helene	Ja	Ja	Ja
Hoffstadt, Peter	Ja	Ja	Ja
Holtzmann, Petra	Ja	Ja	Ja
Höring, Lennart	Ja	Ja	Ja
Jung, Otto	Ja	Ja	Ja
Kamp, Wilfried	Nein	Nein	Nein
Dr. Kassner, Uwe	Ja	Ja	Ja
Kierspel, Johann	Ja	Ja	Ja
Kleine, Nikolaus	Ja	Ja	Ja
Koshofer, Ingrid	Ja	Ja	Ja
Krafft, Jürgen			
Kraus, Robert Martin	Ja	Ja	Ja
Kreft, Annegret	Ja	Ja	Ja
Lahres, Christopher	Ja	Ja	Ja
Lang, Heinrich			
Lehnert, Elke	Ja	Ja	Ja
Lob, Ulrich	Ja	Ja	Ja
Dr. Mieke, Wolfgang	Ja	Ja	Ja
Mömkes, Peter	Ja	Ja	Ja
Dr. Müller, Christian	Ja	Ja	Ja
Münzer, Mechtild	Ja	Ja	Ja
Nagelschmidt, Felix	Ja	Ja	Ja
Neu, Gerhard	Ja	Ja	Ja
Orth, Klaus	Ja	Ja	Ja
Pütz, Lasse	Nein	Nein	Nein
Reitz, Wilhelm Toni	Ja	Ja	Ja
Rickes, Roland	Nein	Nein	Nein

Rosen, David	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung
Sacher, Peter	Ja	Ja	Ja
Schacht, Rolf-Dieter	Ja	Ja	Ja
Scheerer, Anna Maria	Nein	Nein	Nein
Schmidt-Bolzmann, Renate	Ja	Ja	Ja
Schneeloch, Günter	Nein	Nein	Nein
Schneider, Waltraud	Ja	Ja	Ja
Schnöring, Detlef	Nein	Nein	Nein
Schöttler-Fuchs, Brigitte	Ja	Ja	Ja
Schreiber, Gabriele	Nein	Nein	Nein
Schu, Rosemarie	Ja	Ja	Ja
Schütz, Fabian	Enthaltung	Ja	Ja
Schwaborn, Werner-Dieter			
Sonnenberg, Hendrik	Enthaltung	Nein	Nein
Sprenger, Markus	Ja	Ja	Ja
Dr. Steffen, Ulrich	Nein	Nein	Nein
Vollmer, Irmgard	Ja	Ja	Ja
Waldschmidt, Klaus W.	Ja	Ja	Ja
Willnecker, Josef	Ja	Ja	Ja
Winkels, Berit	Ja	Ja	Ja
Dr. Winzen, Peter	Ja	Ja	Ja
Zalfen, Michael	Ja	Ja	Ja
Ziffus, Günter	Nein	Nein	Nein

Der Rat fasst damit mehrheitlich mit 48 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 5538 - Meisheide - gemäß § 3 Absatz 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Einwender

- B1 Rodja-Claus Rösener wird teilweise entsprochen.**
- B2 Bürgerinitiative zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzflächen, vertreten durch Dipl.-Kff. Regine Rösener, wird teilweise entsprochen.**
- B3 Rodja-Claus Rösener wird teilweise entsprochen.**

- T1 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird entsprochen.**
- T2 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.**
- T3 Wehrbereichsverwaltung West wird entsprochen.**

Der Rat fasst damit mehrheitlich mit 49 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden **Beschluss**:

II. Der Durchführungsvertrag vom 09.05.2008 wird mit seinen Ergänzungen zusammengefasst. Die Zusammenfassung vom 01.12.2008 wird als Ergänzungsvertrag beschlossen.

Der Rat fasst damit mehrheitlich mit 49 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden **Beschluss**:

III. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 5538 - Meisheide - wird gemäß § 10 BauGB und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NRW mit seiner Begründung nach § 9 Absatz 8 BauGB und dem der Vorlage beigefügten Vorhaben- und Erschließungsplan beschlossen.

<-@
15. **Bebauungsplan Nr. 2449 - Ehemaliges Wachendorff-Gelände**
- Verlängerung der Veränderungssperre

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@->

Gemäß § 17 Absatz 1 Satz 3 BauGB wird die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 2449 - Ehem. Wachendorff-Gelände - um ein Jahr verlängert.

<-@
16. **Bebauungsplan Nr. 4362 - Am Rothfeld - 1. Änderung**
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

I. Der im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 4362 - Am Rothfeld - 1. Änderung gemäß § 3 Absatz 2 BauGB eingereichten Anregung des Rheinisch-Bergischen Kreises wird nicht entsprochen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NRW den Bebauungsplan Nr. 4362 - Am Rothfeld - 1. Änderung als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Absatz 8 BauGB.

<-@
17. **Klarstellungssatzung Nr. 4331 - Oberkülheim**
- Beschluss als Satzung

@->

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

<-@
17a. **Villa Zanders, Annahme einer Schenkung**

@->

Herr Dr. Miede berichtet, der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport habe in seiner Sitzung am 21.04.2009 dem Rat einstimmig die Beschlussempfehlung gegeben, die Schenkung mit herzlichem Dank an die Schenkende anzunehmen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Schenkung wird mit dem herzlichen Dank an die Schenkende angenommen.

<-@

18. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

18.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 25.03.2009 zur Umbesetzung im Sozialausschuss

@->

Der Rat nimmt den Antrag einstimmig an.

<-@

18.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 07.04.2009 zur Umbesetzung in verschiedenen Ratsausschüssen

Der Rat nimmt den Antrag einstimmig an.

19. Anträge der Fraktionen

19.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.2009 zur Herausgabe eines eigenen Amtsblattes

@->

Der Rat überweist den Antrag ohne Aussprache einvernehmlich an den Hauptausschuss.

<-@

19.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 25.03.2009, der Rat möge eine Resolution zum Kommunalwahltermin beschließen

@->

Herr Waldschmidt bittet um Zustimmung zu dem Antrag der SPD-Fraktion. Die durch den gesonderten Wahltermin entstehenden Kosten könne sich die Stadt Bergisch Gladbach nicht leisten.

Herr Nagelschmidt bezweifelt die Höhe der angegebenen Kosten eines gesonderten Kommunalwahltermins. Der Rat solle sich nicht mit Problemen befassen, die nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallen.

Herr Dr. Baeumle-Courth äußert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Fraktion. Das Prozedere der Landesregierung bei der Festlegung des Wahltermins sei eine Farce gewesen.

Herr Dr. Steffen schließt sich dieser Auffassung an. Gegen Probleme, die der Stadt vom Land auferlegt würden, solle sich der Rat zur Wehr setzen.

Herr Dr. Fischer entgegnet, es mache grundsätzlich auch aus finanziellen Gründen Sinn, Wahlen zusammenzulegen. Es sei auch der Vorschlag der Landesregierung gewesen, die Kommunalwahl gemeinsam mit der Europawahl an einem Tag durchzuführen. Dies wäre auch möglich gewesen, wenn die Opposition im Landtag nicht geklagt hätte. Eine Zusammenlegung von Bundestags- und Kommunalwahl halte er jedoch für nicht sinnvoll, da dies für die kleineren Parteien negative Auswirkungen in Bezug auf das Wahlergebnis haben könnte. Die FDP-Fraktion werde der Resolution daher nicht zustimmen.

Herr Kamp erläutert, das Wahlverfahren werde durch eine Zusammenlegung von Wahlen für die Wähler zu kompliziert.

Frau Hammelrath entgegnet, es hätten bereits viele Städte in Nordrhein-Westfalen - auch mit den Stimmen von CDU-Ratsmitgliedern - entsprechende Resolutionen beschlossen. Der Verfassungsgerichtshof NRW habe der Landesregierung klar aufgezeigt, welche Möglichkeiten für das weitere Verfahren bestünden. Die Landesregierung versuche jedoch mit allen Mittel, diese Vorgaben zu umgehen. Daher seien alle Demokraten gefordert, gegen das Vorgehen der Landesregierung einzutreten.

Herr Höring erläutert, es sei nach wie vor Ziel von CDU und FDP, Kommunal- und Europawahl künftig zusammenzulegen.

Herr Dr. Baeumle-Courth sieht die Wählerinnen und Wähler durch eine Zusammenlegung von Wahlen keineswegs überfordert. In Baden-Württemberg werde bei Kommunalwahlen beispielsweise sehr erfolgreich sogar das Kumulieren und Panaschieren praktiziert.

Aus Sicht von Herrn Schütz soll sich der Rat auf seine Aufgaben konzentrieren und sich nicht ständig durch Resolutionen in die Landespolitik einmischen. Die Ratsfraktionen sollten sich stattdessen an die Landtagsmitglieder aus den Reihen ihrer Partei wenden. Eine Zusammenlegung von Kommunal- und Bundestagswahl halte er ebenfalls für nicht sinnvoll.

Herr Pütz entgegnet, der Rat habe durchaus das Recht und sogar die Pflicht, den vorliegenden Missstand anzunehmen. Die Bürger seien mündig genug, um zwischen Bundestags- und Kommunalwahl unterscheiden zu können. Eine Verfassungsverletzung aus Kostengründen wolle er nicht hinnehmen.

Herr Orth lässt daraufhin über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Für den Antrag stimmen die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder wird der Antrag bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDitiative mehrheitlich abgelehnt.

19.3 <-@
Antrag der BfBB-Fraktion vom 28.03.2009 zur Integrierten Gesamtschule Paffrath

@->

Der Rat überweist den Antrag ohne Aussprache einvernehmlich an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport.

- <-@
19.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 30.03.2009 zum Projekt „Mach dich auf den Weg“

@->

Der Rat überweist den Antrag ohne Aussprache einvernehmlich an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport.

- <-@
19.5 Antrag der FDP-Fraktion vom 31.03.2009 zur Anwendung von Nothaushalt-Kriterien bei der Neueinstellung von Personal

@->

Der Rat überweist den Antrag ohne Aussprache einvernehmlich an den Hauptausschuss.

- <-@
19.6 Erneute Erklärung aller im Rat der Stadt Bergisch Gladbach vertretenen Fraktionen und des Bürgermeisters gegen den Kongress „Nein zur Islamisierung - Nein zur Kölner Großmoschee“

@->

Der Rat nimmt den Antrag einstimmig an.

- <-@
20. Anfragen der Ratsmitglieder

@->

Herr Höring: Anfrage zur Dariusstraße in Bensberg

Herr Höring erläutert, auf der Fahrbahnoberfläche der Dariusstraße in Bensberg sei heute Früh noch die Markierung für die neue Linksabbieger- und Geradeausspur aufgebracht gewesen. Heute Mittag seien Umleitungsschilder aufgestellt worden und am Nachmittag seien die Markierung und die Deckschicht wieder abgefräst worden. Er bittet um Erläuterung.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Sonnenberg: Anfrage zur Eröffnungsbilanz

Herr Sonnenberg fragt, wann die Eröffnungsbilanz, die im April 2009 fertig gestellt werden solle, den Ratsmitgliedern zugeleitet werde.

Herr Mumdey antwortet, die Arbeiten seien beinahe abgeschlossen. Er gehe davon aus, dass der nicht testierte Entwurf dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss und dem Rat zur jeweils nächsten Sitzung vorgelegt werde.

Herr Ziffus: Anfrage zu den Kosten einer Umleitung des Saaler Mühlenbaches

Herr Ziffus fragt, welche Kosten eine Umleitung des Saaler Mühlenbaches im bestehenden Gewässerbett am Kahnweiher nach dem Vorbild der Umlegung des Lerbaches im Bereich Weiher Schloss Lerbach verursachen würde.

Herr Ziffus bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage durch den Fachbereich 7.

Herr Galley: Anfrage zum Sportplatz Steinbreche in Refrath

Herr Galley fragt, ob es Pläne gebe, etwas an der Anlegung des im Carpark-Gelände ausgewiesenen Sportplatzes zu ändern. Zudem bittet er um Auskunft, ob die Verwaltung auf den SC 27 zugegangen sei mit der Frage, ob in Refrath ein Kunstrasenplatz angelegt werden solle.

Herr Orth antwortet zur ersten Frage, es sei seitens der Verwaltung aktuell nichts Derartiges vorgesehen. Es gebe allerdings Wünsche von Eigentümern, die Bauleitplanung zu verändern, womit man sich jedoch noch nicht auseinandergesetzt habe.

Herr Mumdey antwortet zur zweiten Frage, von einem Zukommen auf den Verein könne nicht die Rede sein.

Herr Dr. Mieke: Anfrage zum Parkplatz vor dem Stadthaus

Herr Dr. Mieke erläutert, die Fahrbahnmarkierung auf dem Parkplatz vor dem Stadthaus sei nicht mehr erkennbar. Es komme deshalb täglich zu Konfrontationen unter den Parkplatznutzern, da keine einheitliche Fahrtrichtung eingehalten werde, weshalb er um Prüfung und Korrektur bitte.

Herr Dresbach: Anfrage zum Fußweg vom TÜV zum Schloss Lerbach

Herr Dresbach erläutert, der Fußweg vom TÜV zum Schloss Lerbach, der auch Schulweg sei, sei schon lange in einem desolaten Zustand. Er habe diesbezüglich wiederholt - aber bisher unwirksam - Anfragen gestellt. Er bittet darum, diesen Zustand nun endlich zu beheben.

Herr Schütz: Anfrage zu Plakaten der SPD

Herr Schütz erläutert, die Stadt sei derzeit mit Plakaten übersät, auf denen die SPD für eine „Ü-30-Party“ werbe. Herr Lahres habe bei den Beratungen zu TOP A 10 der vergangenen Ratssitzung beantragt, die Plakatierung zu Abitur-Finanzierungsfeiern von der Gebührenpflicht zu befreien, was jedoch mit dem Argument, es handele sich um kommerzielle Veranstaltungen mit Gewinnerzielungsabsicht, von der Ratsmehrheit abgelehnt worden sei. Aus seiner Sicht handele es sich auch bei der von der SPD beworbenen Party - Eintritt 10,- EUR - um eine kommerzielle Feier. Einen „Wahl-

kampf-Inhalt“ könne er jedenfalls nicht erkennen. Herr Schütz fragt, ob die Verwaltung die Feier als Wahlkampfveranstaltung bewerte und fordert die SPD auf, die Gebühren freiwillig an die Stadt zu entrichten.

Herr Schmickler antwortet, es sei bei den Beratungen zur „Sondernutzungssatzung Wahlsichtwerbung“ in allen Gremien der ausdrückliche Wunsch geäußert worden, dass es diesbezüglich keine Reglementierungen durch die Verwaltung geben dürfe, sondern dass die Parteien ihre Plakatierungen ohne verwaltungsseitige Kontrolle durchführen können müssen. Die Verwaltung habe die Anzeige der Plakatierung durch die SPD - wie in der Satzung vorgesehen - lediglich entgegen genommen und habe nach der Satzung keinerlei Entscheidungsspielraum.

Herr Nagelschmidt: Anfrage zur nächsten Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses

Herr Nagelschmidt fragt, ob es sichergestellt sei, dass in der nächsten Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses über das Thema „Stadtentwicklungsgesellschaft“ und die bisher auf Grund von Urlaubsvakanz der Leitung des Fachbereiches 6 nicht lieferbaren Zahlen zur Regionale 2010 debattiert werden könne.

Herr Mumdey antwortet, für die kommende Ausschusssitzung werde eine entsprechende Vorlage zur Regionale erstellt. Herr Orth ergänzt, zur Stadtentwicklungsgesellschaft werde den Ausschussmitgliedern in der kommenden Ausschusssitzung der aktuelle Sachstand mitgeteilt.

Herr Kamp: Anfrage zur Behebung von Straßenschäden

Herr Kamp fragt, ob die Verwaltung ein Konzept erarbeitet habe, wie die durch den strengen Winter entstandenen Straßenschäden behoben werden sollen.

Herr Kremer antwortet, dass die Verwaltung wie in jedem Jahr ein derartiges Konzept erstellt habe, in welchem die Schäden bewertet und nun sukzessive abgearbeitet würden.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@